

M 2: Arbeitsblatt: Was passiert mit meinem Geld in der Welt? (I)

Politiker, die sich mit Bankern zeigen, holen keine Stimmen mehr *

Nie zuvor in der Geschichte gab es in so kurzer Zeit so viele Börsencrashes und Wirtschaftskrisen wie in den vergangenen zwei Jahrzehnten. (...)

(z.B.) im Frühjahr 2000 platzte die weltweite Internetblase, im Herbst 2008 brach die amerikanische Investmentbank Lehman Brothers zusammen, und die Weltwirtschaft entging nur knapp dem Kollaps. Danach sah es so aus, als würde Ruhe einkehren. Bis die Euro-Krise begann.

Aus der Herrschaft der Zahlen ist eine Tyrannei geworden.

Frankfurt, 19. Oktober 2011. Auf dem Platz vor der Alten Oper stehen dunkle Limousinen in langen Reihen. (...)

Minister, Staatssekretäre und Finanzvorstände aus ganz Europa strömen über den roten Teppich ins Foyer.

Sie sind selten geworden, diese Treffen. Seit dem Beginn der großen Finanzkrise im Jahr 2008 zeigt sich die Politik nicht mehr gerne mit den Herren des Geldes. Wer sich weiterhin den Banken nähert, läuft Gefahr, sich von den Wählern zu entfernen. Stimmen holt, wer die Banken bändigt.

Das war mal anders. Jahrelang haben Präsidenten, Premierminister und Kanzler aller großen Industrieländer Gesetze erlassen, die nur eines zum Ziel hatten: die Zahlenfabriken auszubauen. Ihnen mehr Freiheiten zu geben. Ihnen noch mehr Geld zuzuführen.

1986: Die britische Premierministerin Margaret Thatcher liberalisiert das Börsengeschäft. Gebührenordnungen und Zulassungsgrenzen fallen weg. Der Wertpapierhandel wird einfach und billig wie nie. Big Bang heißt das Gesetzespaket heute, weil es den Aufstieg Londons zur Finanzmacht begründet.

1999: Der amerikanische Präsident Bill Clinton hebt den Glass-Steagall Act auf. Das Gesetz aus den dreißiger Jahren hatte den Banken untersagt, klassisches Kreditgeschäft und Investmentbanking zugleich zu betreiben. Jetzt dürfen alle an den Börsen mitspekulieren.

2001: Die amerikanische Börsenaufsichtsbehörde SEC senkt den kleinsten zu handelnden Wert von 16 Cent auf einen Cent. Durch diese Änderung erschafft sie das Geschäftsmodell der Hochgeschwindigkeitshändler. Deren Computer handeln genau in diesem Centbereich, millionenfach pro Minute. Wenige Monate später wird Hudson River Trading mit fünf Mitarbeitern gegründet.

2001: In Deutschland führt die rot-grüne Bundesregierung die Riester-Rente ein. Bislang ist allein der Staat für die Altersvorsorge zuständig. Das Geld der Jungen reicht er weiter an die Alten. Künftig sollen sich die Deutschen auch privat absichern. Ein Milliardenengeschäft für die Finanzbranche. Sie legt das Geld der Bürger an der Börse an.

2004: In Deutschland werden Hedgefonds für Privatanleger zugelassen. Bislang waren diese hochspekulativen Fonds verboten.

2005: Die Bundesregierung verabschiedet ein Gesetz, das es Aktiengesellschaften erlaubt, ihre Anteile an anderen Unternehmen steuerfrei zu verkaufen. Die wechselseitigen Verflechtungen der deutschen Unternehmen werden aufgebrochen, mehr und mehr Aktien frei gehandelt - mehr und mehr Firmen sind der Macht der Zahlen ausgesetzt.

2005: In den USA führen alle Börsen den elektronischen Handel ein. Hudson River Trading beschäftigt jetzt 70 Mitarbeiter.

Die Finanzmärkte haben die Macht nicht übernommen. Sie wurde ihnen übergeben. Warum nur hat sich die Politik darauf eingelassen? (...)

Canary Wharf im Osten von London. (...)

Noch vor wenigen Jahrzehnten standen hier riesige Speicher und Lagerhallen. (...)

Tag für Tag legten Schiffe an, sie brachten Holz und Baumwolle, Pelze und Kakaobohnen, Kupfer und Aluminium - Rohmaterial für die Fabriken des Vereinigten Königreichs, die daraus Schränke und Mäntel, Schokolade und Fernseher machten und Hunderttausenden Menschen eine Arbeit gaben. Bis die Fabriken zu teuer wurden, nicht nur in Großbritannien. (...) T-Shirts und Kameras, Radiogeräte und Küchenschränke kamen jetzt billig aus Fernost. Die Fabriken schlossen. Neue mussten her.

Sie wurden gebaut in England und Frankreich, Deutschland und der Schweiz. Überall dort, wo sich Banken und Finanzinstitute gute Geschäfte versprochen, entstanden Börsen und Finanzzentren nach New Yorker Vorbild. (...)

Heute ist Canary Wharf wieder ein Knotenpunkt der Weltwirtschaft. Aber heute kommt hier

kein Baumwollsack mehr an und kein Bretterstapel - sondern Geld. Die Banken, die es verarbeiten, warten nur darauf. Im vergangenen Jahr verzeichneten sie ein Geschäftsvolumen von 8512 Milliarden Pfund - mehr als das Fünffache der jährlichen Wirtschaftsleistung Großbritanniens.

Alle großen Geldhäuser haben Büros in Canary Wharf. (...)

Es gibt, vor allem: Arbeitsplätze. Auf dem wenige Quadratkilometer großen Areal arbeiten mehr als 100 000 Menschen. (...)

Der Forscher Paul Woolley sagt: Man muss die Uhr zurückdrehen

(...)

Woolley war viele Jahre bei der britischen Barings Bank. Später leitete er die Londoner Dependence des amerikanischen Investmentfonds GMO. (...)

Als Woolley vor vier Jahren das Finanzzentrum verließ, war er 67 Jahre alt und ein reicher Mann. Trotzdem hatte er das Gefühl, dass etwas nicht stimmte mit der Welt, von der er so viel gesehen hatte. Aber was war plötzlich anders?

Er nahm einen Teil seines Geldes und gründete das Paul Woolley Centre for the Study of Capital Market Dysfunctionality. Ein Forschungsinstitut, das die Störungen an den Finanzmärkten untersucht. (...)

Seine Theorie hat Woolley auf 78 eng bedruckten Seiten mit vielen Formeln niedergeschrieben. Aber sie passt auch in einen Satz: Man muss die Uhr zurückdrehen.

Nach dem großen Börsencrash von 1929 war es die Politik, die den Weg zu mehr Wohlstand wies. In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die Finanzinvestoren strengen Regeln zu folgen, die Märkte waren klein, die Banken auch, der Handel mit Weizen war nur echten Getreidehändlern erlaubt.

Die Preise stimmten, jedenfalls meistens, die Wirtschaft wuchs. Bis die Politik den Börsencrash vergaß.

Es ist nicht so, dass es keine Ideen gibt für neue Gesetze, die die alte Welt zurückbringen könnten. Eine sogenannte Finanzmarkttransaktionssteuer gehört dazu, die das tausendfache Hin-und-her-Handeln von Wertpapieren verteuern würde.

Außerdem: das Verbot bestimmter hochspekulativer, die Preise verzerrender Finanzprodukte. Neue Regeln und zusätzliche Kontrollen für Hedgefonds und große Banken. Das Verbot des Hochgeschwindigkeitshandels.

Bei der G-20-Tagung (...) wird auch darüber gesprochen. (...) Nicht zum ersten Mal. Bisher waren sich die Regierungschefs nicht einig, wie weit sie gehen können. Großbritannien will die Arbeitsplätze in Canary Wharf nicht verlieren, die US-Regierung sorgt sich um die Jobs an der Wall Street. Länder wie Brasilien oder Südkorea, die noch keine großen Banken oder Börsen haben, fürchten, dann nie welche zu bekommen. (...)

Seit Wochen protestieren rund um die Welt Tausende meist junge Menschen gegen die Finanzmärkte. Seit Wochen äußern Spitzenpolitiker ihre Sympathie.

Fast scheint es so, als würden sie sich am liebsten alle einreihen und mitlaufen, die Minister, Kanzler und Präsidenten, als würden auch sie gerne selbst bemalte Schilder in die Luft halten und das zurückfordern, was ihnen irgendwann in den vergangenen Jahren abhanden kam: ihre Macht. Aber natürlich werden sie das nicht tun. (...)

* Quelle:

Kerstin Kohlenberg/Mark Schieritz/Wolfgang Uchatius, Die Straße der Tyrannen. In der Wall Street treffen jeden Tag die Herrscher der Welt aufeinander: Hier verwandeln Börsenhändler Zahlen mit vielen Nullen in Schicksale von Menschen, Ländern und Kontinenten,

in: „Die Zeit“ Nr. 45 vom 3. November 2011, S. 17-19 (gekürzt)

Arbeitsaufträge:

1. Lesen Sie diesen Artikel genau durch und füllen Sie das zugehörige Arbeitsblatt M 3 in Partnerarbeit aus.
2. Überlegen Sie sich, ob bzw. inwieweit die Politik eine Chance hat, die Finanzwirtschaft wieder in den Griff zu bekommen.